
FORUM: Gewerkschaften und Sozialdemokratie



Helmuth Schütte: Politisch unkorrekte Notizen zum Stand der Dinge zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Helmuth Schütte, geb. 1949 in Varel (Oldb.), Studium der Soziologie und Politikwissenschaft in Aachen und Marburg, war von 1978 bis 1989 Mitarbeiter bzw. Leiter von Projekten des DGB-Bundesvorstands bzw. des DGB-Bildungswerks und ist seitdem Bildungsreferent am DGB-Bildungszentrum Hattingen.

Ach, ihr sozialdemokratischen Marketingexperten, glaubt ihr etwa wirklich, jetzt „Innovation und Gerechtigkeit“ zusammengebracht und den politischen Kosmos von SPD und Gewerkschaften wieder geordnet zu haben, nachdem der Kanzler in seiner Eigenschaft als *Batman* kürzlich in Mainhattan einflog, den Banken ihre soziale Verantwortung verdeutlichte, so den Gang der Holzmann AG zum Konkursrichter abwendete und dadurch nicht zuletzt sein kurz zuvor noch vom „Schröder-Blair-Papier“ geprägtes und *soziale Kälte* verströmendes *neoliberales* Image ganz staatsinterventionistisch korrigiert hat?

Ach, ihr gewerkschaftlichen Wahlanalytiker, glaubt ihr etwa wirklich, die SPD hätte ihren Sieg im September 1998 maßgeblich der DGB-Kampagne für „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zu verdanken und nicht der schlichten Tatsache, dass die Mehrheit des Wahlvolks einfach nur Helmut Kohl satt hatte und den durch ihn symbolisierten politischen Stillstand überwinden wollte? Und wenn sich schon die Niederlagen von Rot-Grün seit Mitte 1999, wie ihr meint, aus einer angeblich „neoliberalen Wende“ der Regierungspolitik herleiten, warum eigentlich haben dann die Gewerkschaften als Antipoden des Neoliberalismus seit Jahren enorme Mitgliederverluste zu vermelden?

„Kampf zweier Linien“ in SPD und Gewerkschaften

Angesichts der historisch engen Verbindungen zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in Deutschland macht es zu Beginn eines neuen Jahrhunderts durchaus Sinn, nach dem Verhältnis beider Organisationen zueinander zu fragen, zumal wenn nach dem Ende des *honeymoons* der ersten Monate einer SPD-geführten Bundesregierung deren seit Mitte 1999 neu akzentuierter Politik kräftiger Gegenwind aus den Gewerkschaften entgegenbläst. Geht es dabei nur um eine aktuelle Verstimmung, die durch die demonstrativ ausgelebte „Kaschmirphase“ eines von weit unten aufgestiegenen Kanzlers ausgelöst und durch seine Unterlassung verschärft wurde, die beim angestrebten Schwenk der SPD hin zu mehr „Modernisierung“ unvermeidlichen Schmerzen – so wie sein französischer Kollege Jospin – mit der weißen Salbe „linker Sprüche“ zu lindern? Oder deutet sich im Streit über so handfeste Politikfelder wie Alterssicherung, Haushaltskonsolidierung, Steuern und Arbeitsmarkt ein grundlegender Konflikt zwischen Gewerkschaften und SPD darüber an, wie künftige Reformen aussehen sollen bzw. was eigentlich „soziale Gerechtigkeit“ bedeutet?

Jedenfalls für die Lordsiegelbewahrer/innen der gewerkschaftspolitischen Korrektheit, die im Dezember 1999 mit dem Aufruf „*Wir brauchen eine andere Politik*“ an die Öffentlichkeit getreten sind - unter ihnen drei Vorsitzende von DGB-Gewerkschaften und viele weitere Unterzeichner/innen in wichtigen hauptamtlichen Funktionen - steht im Zentrum der Antwort auf diese Frage immer noch die Handlungsmaxime von Robin Hood, wonach den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben sei. Diesen Traditionslinken stellt sich die Regierungspolitik nach dem Rückzug von Oskar Lafontaine so dar, dass „die Ansätze einer Abkehr vom Neoliberalismus weitgehend verschwunden“ sind. Umso nachdrücklicher erheben sie deshalb Forderungen wie z.B.

- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch ein mittelfristig angelegtes Beschäftigungsprogramm;
- Ausweitung öffentlicher Beschäftigung, z.B. in Bildung, Gesundheit und Kultur;
- gesetzlicher Abbau von Überstunden;
- Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch eine „Rente mit 60“;
- Besteuerung des Ressourcenverbrauchs zur Finanzierung von ökologischen Umbauprogrammen und Zukunftsinvestitionen;
- Wiedereinführung einer privaten Vermögenssteuer bzw. Erhebung einträglicher Luxussteuern.

Von dieser fast zeitlosen Mischung aus der politisch-programmatischen Wundertüte der achtziger Jahre – warum eigentlich fehlt die Forderung nach Kürzung des Rüstungshaushalts? - hat sich die SPD auf ihrem jüngsten Parteitag klugerweise nichts zu Eigen gemacht. Aber bedeutet dies, dass die Sozialdemokratie jetzt mehrheitlich begriffen hätte, dass sich Reformen zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht gegen die seit der Zeitenwende von 1989 immer deutlicher erkennbaren Megatrends der technisch-ökonomischen Entwicklung - also: Informatisierung der Arbeit, Öffnung der Märkte und globale Vernetzung der Wirtschaft – machen lassen, sondern eben diesen veränderten Rahmenbedingungen politisch Rechnung zu tragen haben? Der verabschiedete Leitantrag zur Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Finanzpolitik spricht zwar nicht dagegen, ein Blick in das die sozialdemokratische Seelenlage dokumentierende Antragsbuch zum Parteitag lässt aber Zweifel aufkommen.

Wie dem auch sei: Im Zuge der beschleunigten Ablösung des industriegesellschaftlichen, nationalstaatlich regulierten Kapitalismus durch eine entgrenzte, wissensbasierte Informationsgesellschaft, die Peter Glotz „digitalen Kapitalismus“ nennt, kommen auf die Politik bislang vermiedene Richtungsentscheidungen zu, bei denen die Verantwortlichkeiten von Individuum, Gesellschaft und Staat in ein neues Gleichgewicht gebracht werden müssen. Das wird von vielen als verunsichernd erfahren, denen man bis Ende der neunziger Jahre die Illusion vermittelte, der bundesdeutsche *status quo ante 1989* ließe sich, wenn man es nur ernsthaft wolle, ins 21. Jahrhundert fortschreiben bzw. auf europäischer oder gar globaler Ebene rekonstruieren. Realitätsblindheit, Populismus und Selbstüberschätzung bildeten die Eckpunkte eines politischen Bermuda-Dreiecks, über dem der Überflieger Oskar L. abgestürzt ist und seiner Partei das „Vermittlungsproblem“ hinterlassen hat, weshalb man - z.B. bei den Renten - etwas versprochen hatte, das nie und nimmer einlösbar war.

Der Herausforderung, die Staatsfinanzen zu sanieren und Konzepte zur Auflösung des wirtschafts- und sozialpolitischen Reformstaus vorzulegen, steht die SPD als Seniorpartner der rot-grünen Koalition nach 16 Jahren Regierungsabstinenz auf Bundesebene also denkbar schlecht vorbereitet gegenüber. Deshalb wird der politische Streit darüber nicht nur mit einer jetzt sozialpopulistisch auftretenden CDU/CSU-Opposition, sondern mindestens eben-

so heftig innerhalb der eigenen Reihen geführt. Bei genauerem Hinsehen ist jedoch erkennbar, dass dieser „Kampf zweier Linien“ nicht einfach zwischen Gewerkschaften einerseits und SPD bzw. rot-grüner Bundesregierung andererseits, sondern mehr oder weniger *innerhalb* aller politischen Formationen stattfindet, die im Bundestagswahlkampf 1998 für einen „Politikwechsel“ eingetreten sind. Die Frage nach dem derzeitigen Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften wäre insofern weniger als „Beziehungsproblem“ zu diskutieren, als vielmehr dahingehend umzuformulieren, wie realitätstüchtig bestimmte Argumentationsfiguren bzw. Politikvorschläge sind, die aus dem sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Spektrum heraus vorgetragen werden.

Untersuchungen dazu können hier nicht einmal cursorisch angestellt werden, stattdessen sollen zwei Schlüsselbegriffe des gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Diskurses - die „*soziale Gerechtigkeit*“ und die „*Besserverdienenden*“ - exemplarisch analysiert bzw. hinsichtlich ihrer Eignung überprüft werden, einen positiven Beitrag zum Verständnis bzw. zur Gestaltung einer modernen Gesellschaft zu leisten. Die vorweggenommene Antwort lautet in beiden Fällen „Nein“, und wer an den Begründungen interessiert ist, sollte vielleicht doch weiterlesen.

„Soziale Gerechtigkeit“: als Grundwert eine Fehlbesetzung

Freiheit, Gerechtigkeit und *Solidarität* so lautet der Dreiklang sozialdemokratischer Grundwerte, von denen zwei ihre Herkunft unmittelbar aus der Forderung der Französischen Revolution nach „*liberté – égalité – fraternité*“ herleiten können. Aber was ist mit der „Gleichheit“? Sie kann ja wohl kaum mit der „Gerechtigkeit“ identisch sein, es sei denn darunter verstünde man die Beseitigung von (rechtlichen) Privilegien bzw. die Herstellung der privatrechtlichen und staatsbürgerlichen Gleichheit aller vor dem Gesetz. Das ließe sich historisch gesehen durchaus als ein Akt von „Gerechtigkeit“ bewerten, aber warum wird dann nicht – begrifflich präziser - die „Rechtsgleichheit“ zum Grundwert erhoben? Und warum tritt die „Gerechtigkeit“, insbesondere wenn sie aus gewerkschaftlichem Munde gefordert wird, fast immer als *soziale* Gerechtigkeit in Erscheinung?

Mit Blick auf die egalitären Traditionen des Sozialismus spricht politisch-psychologisch gesehen einiges dafür, dass sich im Ruf nach „*sozialer* Gerechtigkeit“ verdeckt die Sehnsucht nach sozialer *Gleichheit* artikuliert, von der man allerdings ahnt, dass sie aus vielen Gründen – übrigens auch aus solchen, die in der Natur des Menschen liegen – nicht wirklich erreichbar ist und die deshalb nur noch in einer „abgespeckten“ Variante angestrebt wird. Der Klarheit wegen wäre es aber besser, offen eine egalitäre Gesellschaft einzufordern, denn dann ließe sich der Grundwert der „Freiheit“, ohne den es weder kulturelle noch wirtschaftliche Kreativität gibt, besser gegen (ungewollte) Beschädigungen verteidigen. Auch mit Blick auf die „Solidarität“, die übrigens entgegen einem landläufigen Missverständnis etwas anderes meint als ein Kartell zur Wahrung kollektiver Besitzstände, sorgt die „soziale Gerechtigkeit“ für Konfusion im System der sozialdemokratischen Grundwerte. Als heute überwiegend staatlich organisiertes Eintreten der Starken für die Schwächeren bzw. Schwächsten in der Gesellschaft hat die legitime Erbin der *fraternité* eben jene soziale Ungleichheit zur Voraussetzung, die wiederum eine der Folgen von *liberté* ist.

Wie man es auch dreht und wendet: Die „soziale Gerechtigkeit“ ist als Grundwert eine Fehlbesetzung. Sie drängt sich in Rollen hinein, die von der *Solidarität* bzw. von der *Gleichheit* als „formaler“ Gerechtigkeit schon besser besetzt sind. Letztere sollte von Gewerk-

schaften und SPD wieder politisch aufgewertet werden, denn gerade mit Blick auf die größere *soziale* Ungleichheit, die es in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich geben wird, kommt der *égalité vor dem Gesetz* wieder wachsende Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu. Die weitere Öffnung der Einkommensschere dürfte nämlich nur dann sozial akzeptiert werden, wenn sie einerseits nicht mit vermehrter Armut einhergeht und wenn andererseits die ebenso alte wie bittere Wahrheit „*Geld ist Macht*“ soweit irgend möglich auf die ökonomischen Beziehungen begrenzt bleibt und jedenfalls vor Gericht gar nichts gilt.

Die „Besserverdienenden“: Objekt der Begierde und Verachtung zugleich

Die besondere Bedeutung der *Besserverdienenden* für das Unbewusste in der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Psyche liegt in einer spezifischen Verknüpfung von Ökonomisch-Fiskalischem und Kulturellem. Ohne die Existenz jener Gruppe würde die Steuerprogression ins Leere greifen und den Sozialversicherungen würden die höchsten Beitragszahlungen fehlen. Für finanzielle Umverteilungsprozesse gäbe es deutlich weniger Spielraum. Insofern müssten die *Besserverdienenden* eigentlich eher beliebt sein. Dass dies nicht der Fall ist, hat wohl weniger mit „Neid“ als mit dem Generalverdacht der „*kleinen Leute*“ zu tun, Einkommen ab einer gewissen Höhe könnten nicht durch „ehrliche Arbeit“ zustande kommen. Davon grenzt man sich „moralisch“ ab. Dadurch wiederum wird eine neutrale „steuertechnische“ Kategorie kulturell negativ aufgeladen, und die überproportionale Besteuerung der *Besserverdienenden* folgt dann nicht mehr ausschließlich fiskalischen Grundsätzen, sondern ist zugleich eine Buße für verwerfliches Tun. Auf diese Weise wird die Steuertabelle zum Strafgesetzbuch.

Abgesehen von einer problematischen Moralisierung der Steuerpolitik sprechen aber auch alltagspsychologische Gründe dafür, die *Besserverdienenden* als Kategorie sozialdemokratischer „Klassenanalyse“ über Bord zu werfen: Fragt man seine Mitmenschen unverfänglich, was denn ein „Besserverdiener“ sei, bekommt man auch unter Arbeitnehmer/innen ganz unterschiedliche Zahlen zu hören und erhält zudem Einblick in eine gespaltene kollektive Seelenlage. Besser *verdienen* wollen zwar alle, aber *Besserverdiener* will niemand sein, weil dann ein verschärfter Griff ins eigene Portemonnaie befürchtet wird. *Besserverdiener* sind also immer andere, und die Grenze wird logischerweise in der Regel oberhalb des eigenen aktuellen Einkommens gezogen. Es liegt also eigentlich auf der Hand, dass der Versuch, Subjektives zu objektivieren, für die Herstellung von „Gerechtigkeitsempfinden“ kontraproduktiv ist und politisch brisant werden kann. Dies lässt sich in der Rückschau auf einen Vorgang illustrieren, der den Anfang vom Ende einer erfolglosen Kanzlerkandidatur markierte:

Bis etwa Mitte der neunziger Jahre verlief die Trennlinie zwischen *Besserverdienenden* und *kleinen Leuten* in der sozialdemokratischen bzw. gewerkschaftlichen Vorstellungswelt bei einem zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60.000 DM bei Ledigen. Mit einem Einkommen knapp oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung, die 1994 bei 5.700 DM lag, wechselte man also die Klassenlage. Es ist nicht überliefert, was seinerzeit Rudolf Scharping umtrieb, in der Diskussion über die Wiedereinführung des „Solidaritätszuschlags“ (7,5 Prozent auf die Einkommensteuerschuld) die Grenze für die von der SPD alternativ zur Regierung favorisierten „Ergänzungsabgabe“ (10 Prozent Aufschlag ab einer bestimmten Einkommenshöhe) auf 50.000 DM abzusenken. Die

gewerkschaftlichen Reaktionen waren einhellig ablehnend und kamen prompt. Viele Facharbeiter seien dann ja Besserverdiener und das könne wohl nicht sein, war sinngemäß der Tenor. Die Reaktion des Auslösers der Debatte, er habe „netto“ und nicht „brutto“ gemeint, verschärfte das heillose Durcheinander beim Versuch, eine Definition des „Besserverdienenden“ vorzunehmen, denn unter Berücksichtigung von Faktoren wie Steuerprogression und Sozialabgaben wäre diese soziale Zuordnung dann erst ab Bruttoeinkommen von ca. 90.000 DM pro Jahr erfolgt.

Es ist eben dieser bis heute fortwirkende (steuer)politische Voluntarismus – einerseits wird nicht konkretisiert, was *Besserverdienende* sind, andererseits wird ihre Sonderbesteuerung aber ständig gefordert - der nahe legt, dass es dabei um symbolische Handlungen geht, die keinen anderen Sinn machen, als sich in einer aus den industriegesellschaftlichen Fugen geratenen Welt der eigenen Identität negativ zu versichern. Für politische Organisationen wie Gewerkschaften ist das eindeutig zu wenig an Begründung.

Gewerkschaften: Teil der „Lösung“ oder des „Problems“?

Es ist an der Zeit, dass die Gewerkschaften ihr politisches Vokabular entschlacken. Das ist keine Geschmacksfrage, sondern von eminent politischer Bedeutung, denn in einer Sprache, die vergangene Realitäten abbildet, lassen sich neue Wirklichkeiten nicht erfassen und deshalb auch nicht politisch gestalten. Eine solche Selbstveränderung wird nur im Dialog mit der Gesellschaft gelingen, d.h. wenn man sich den Problemen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, der Alterssicherung, der Steuer- oder Gesundheitspolitik frei von den Scheuklappen gegebener Beschlusslagen nähert. Das eine oder andere davon mag sich bei den notwendigen Veränderungen durchaus als brauchbar erweisen, vieles andere aber als Bestandteil des Problems, das den Namen „Reformstau“ trägt.

Den Vorsprung an politischer Modernität, über den deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaften im europäischen Vergleich seit den fünfziger Jahren verfügten, ist mittlerweile aufgebraucht. „Godesberg“ war zu seiner Zeit modern, aber 20 Jahre später nicht mehr. Das Berliner Programm der SPD vom Dezember 1989 konnte schon zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung kaum noch orientierende Funktion ausüben. Und das in Dresden 1996 verabschiedete DGB-Grundsatzprogramm enthält zwar nicht mehr die sozialistisch-gemeinwirtschaftlichen Restbestände seines Vorläufers und hat definitiv Frieden mit der (sozial regulierten) Marktwirtschaft geschlossen, formuliert aber wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte, die aus der Zeit von vor 1989 stammen. Eine weitergehende politische Modernisierung ist also unumgänglich, um Anschluss ans 21. Jahrhundert zu gewinnen.

Das mag als „Bruch mit der Arbeiterbewegung“ bezeichnen, wer in der Illusion lebt, es gäbe noch eine und könne eine geben, ohne dass dieses „politische Subjekt“ über ein den Kapitalismus transzendierendes Ziel verfügen müsse. Die Gewerkschaften sollten sich aber bei aller verständlichen Irritation darüber, dass es die Arbeiterbewegung nur noch als *Geschichte* gibt, ihr Heil nicht in einer ideologischen „Rolle rückwärts“ suchen. Ihre Gegenwart und Zukunft liegt nicht in der Suche nach dem „(mittel)großen Wurf“, sondern im Erbringen von meist recht kleinteiligen Beiträgen zur sozialen und politischen Integration einer zunehmend individualisierten Gesellschaft. Um dazu fähig zu sein, müssen Gewerkschaften allerdings die alten Grundwerte *Freiheit*, *Gleichheit* und *Solidarität* politisch neu konkretisieren. Das wird ein schmerzhafter Prozess.